

## Hendricks weicht Klimaschutzplan auf

BERLIN (dpa) - Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat ihren Klimaschutzplan 2050 auf Drängen des Kanzleramts weiter aufgeweicht - etwa beim Fleischkonsum und bei der Elektromobilität. „In unserem Entwurf haben wir auf Bitten des Kanzleramts noch einige Änderungen vorgenommen“, teilte die SPD-Politikerin mit. Sie habe nachgegeben, um die Abstimmung mit den anderen Ministerien nicht noch länger hinauszuzögern. Im Entwurf ist nur noch von einem „Abbau der Tierbestände“ die Rede. In einer früheren Fassung hatte das Ministerium empfohlen, den Fleischkonsum bis 2050 „entsprechend der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung“ zu reduzieren. Für die Reduzierung des klimaschädlichen Stickstoffüberschusses, der zum Beispiel durch Überdüngung entsteht, fehlen nun konkrete Ziele. Auch beim Verkehr macht Hendricks Zugeständnisse. In einer Fassung vom Juni war als Ziel formuliert, dass 2030 „der weit überwiegende Teil der neu zugelassenen Pkw“ elektrisch oder mit Ökokraftstoff betrieben werden solle. Nun heißt es: „Bis 2030 strebt die Bundesregierung eine signifikante Absenkung der Emissionen von Pkw an.“

### Zahl des Tages

# 50

Millionen Kinder

sind laut Vereinten Nationen auf der Flucht vor bewaffneten Konflikten, Gewalt und Armut.

### Kurz berichtet

#### Merkel: Fortschritte bei der Flüchtlingsregistrierung

BERLIN (AFP) - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/Foto: dpa) hat sich in den Wahlkampf um das Berliner Abgeordnetenhaus eingeschaltet. „Die CDU in Berlin ist die politische Kraft, die auch mal an das Wirtschaften denkt und nicht nur über das Verteilen nachdenkt“, sagte sie. Was die Bundespolitik betrifft, verwies Merkel auf Fortschritte bei der Registrierung der Flüchtlinge. Spätestens Ende September werde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) einen Überblick über alle im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommenen Menschen haben, sagte Merkel. „Im Frühjahr nächsten Jahres werden alle Asylanträge bearbeitet sein.“



#### Salafistenprediger Lau schweigt vor Gericht

DÜSSELDORF (AFP) - Der bundesweit bekannte Salafistenprediger Sven Lau will im Prozess gegen ihn vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zunächst schweigen. Er wird sich vorerst nicht zu dem Vorwurf der Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung äußern, sagte sein Anwalt am Dienstag zum Prozessauftakt. Das Verfahren wurde deshalb bereits nach Verlesung der Anklage auf die kommende Woche vertagt.

#### DGB fordert Wende bei der Rente

BERLIN (dpa) - Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert die Politik zu einer Neuausrichtung für höhere Renten auf. „Unsere zentrale Forderung für den Kurswechsel in der Rentenpolitik ist eine Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus“, sagte DGB-Chef Reiner Hoffmann. Langfristig müsse das Sicherungsniveau der Rente sogar wieder erhöht werden. „Wenn wir nichts ändern, werden 2040 oder 2050 Millionen der heute noch jungen Menschen von sozialem Abstieg oder gar Altersarmut betroffen sein.“ Dafür müsse der Beitragssatz „maßvoll“ und „in kleinen Schritten“ von heute 18,7 auf 22 Prozent angehoben werden.

# Schäuble spannt den ganz großen Bogen

Finanzminister zeigt zum Auftakt der Haushaltsberatungen die Herausforderungen auf

Von Marvin Weber

BERLIN - Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat den Auftakt der Haushaltsberatungen genutzt, um zu zeigen, wo Deutschland steht und welche Herausforderungen die Bundesrepublik zu erwarten hat - aber auch ein bisschen, um den Deutschen nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern ins Gewissen zu reden.

„Wir leben in widersprüchlichen Zeiten“, sagte Schäuble. Deutschland gehe es so gut wie lange nicht mehr: wenig Arbeitslose, die Reallohn und Renten sind gestiegen, und die deutsche Wirtschaft verzeichnet ein gesundes Wachstum. Dennoch würden die Ängste und Sorgen in der Bevölkerung steigen, so der Minister. Das Land verändere sich in immer größerem Ausmaß und mit höherer Geschwindigkeit. „Deswegen ist jetzt die Zeit der einfachen Antworten“, sagte er. Im Hinblick auf die steigende Angst vor Terror und einem wachsenden Gefühl der Unsicherheit durch die Flüchtlingskrise müsse bewiesen werden, dass Sicherheitsrisiken erkannt und unter Kontrolle gebracht werden.

#### Konflikte, Krisen und Kriege

Von Stabilität und Zukunftsfähigkeit spricht Schäuble bei der Einbringung seiner Haushaltspläne für 2017 und des Finanzplans des Bundes bis 2020. Mit dem Entwurf werde die Politik seit 2006 fortgesetzt und in viele Bereiche wie der Infrastruktur, inneren Sicherheit und Verteidigung, Bildung, Forschung, der Digitalisierung oder Bildung investiert. Für 2017 plant der Finanzminister mit einem Etat von 328,7 Milliarden Euro - 3,2 Milliarden Euro mehr als in den Haushaltseckwerten vom März. Trotz zusätzlicher Ausgaben soll der Bund auf neue Schulden verzichten und die schwarze Null bis 2020 halten. Den Löwen-



„Wir leben in widersprüchlichen Zeiten“: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) beim Auftakt der Haushaltsberatungen. FOTO: DPA

anteil des Etats bilden wie in der Vergangenheit die Sozialausgaben. „Jeder zweite Euro geht in die soziale Sicherung“, sagte Schäuble.

Für 2017 kündigte der 73-Jährige geringfügige Steuererleichterungen

an. Der Grundfreibetrag, Kindergeld, und Kinderfreibetrag sowie der Steuerertrag würden im Zuge des nächsten Existenzminimumberichts angepasst und die Auswirkungen der sogenannten kalten Progression korrigiert, so Schäuble. Doch den Fokus legte Schäuble deutlich auf die aktu-

ellen Kriege, Konflikte und Krisen in Europa und der Welt. „Vielleicht ist die Flüchtlingssituation nur ein Vorbote für eine Zeit, in der die globalen Ereignisse auch hier spürbar sind“, sagte er und mahnte: „Europa wird keine Insel der Seligen bleiben.“

Sei es die aktuelle Lage in der Türkei, in der Ostukraine oder in Aleppo, die Europäische Union müsse das Vertrauen der Bürger und den Glauben an den europäischen Gedanken wieder zurückgewinnen: „Die EU muss beweisen, dass sie diese Probleme gemeinsam besser lösen kann“, sagte der Bundesfinanzminister. Der Europäer Schäuble sieht Deutschland wegen der guten Wirtschaftskraft als „Lokomotive“ für ein vereintes Europa.

#### „Verpasste Chancen“

Aus der Opposition erhielt Schäuble für seinen vorgestellten Haushaltsentwurf Kritik. Gesine Lötzsch von den Linken bezeichnete die Vorlage als einen „Nach-mir-die-Sinlfut-Haushalt“, der lediglich dazu diene, die schwarze Null zu verwalten. Auch für Grünen-Haushaltsexperte Sven-Christian Kindler ist der Entwurf ein „Haushalt der verpassten Chancen“. In Zeiten guter Konjunktur und niedriger Zinsen habe man eine optimale Ausgangslage, um eine „große Investitionsoffensive“ zu starten, so Kindler.

Ralph Brinkhaus (CDU) mahnte, dass man Antworten auf die Sorgen und Nöte in der Bevölkerung liefern müsse, betonte aber auch: „Uns geht es in Deutschland so gut wie nie. Es ist momentan wie ein Lottogewinn, hier zu leben“, sagte er. Ähnliche Worte hatte Schäuble einige Minuten zuvor schon gewählt. „Wir leben in den glücklichsten Jahren unserer Geschichte“, sagte Schäuble und hörte optimistisch auf: „Dieser Bundeshaushalt ist ein politisches Angebot zur Zukunftsgestaltung, dass wir auch morgen noch so leben können wie heute.“

### Nachgefragt

#### „Ich sehe Spielraum für eine Entlastung“



BERLIN - Norbert Walter-Borjans (SPD/Foto: dpa), Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, sieht in Deutschland einen „riesigen Investitionsbedarf“, erklärt er im Gespräch mit Tobias Schmidt.

#### Wolfgang Schäuble hat geringfügige Steuerentlastungen für 2017 angekündigt durch Anpassungen beim Kindergeld und Steuertarif. Ein erstes Wahlkampfgeschenk?

Die Wählerinnen und Wähler sind durch Schaden klug geworden. Sie wissen, dass Steuererleichterungen ein beliebtes Lockmittel zum Stimmengewinn sind. Die meisten fallen darauf nicht herein, denn sie wissen: Geld kann man nur einmal ausgeben. Wir haben in Deutschland einen riesigen Investitionsbedarf bei Bildung, Infrastruktur und Sicherheit - woher also soll eine solide Gegenfinanzierung für eine in der Sache wünschenswerte, aber auch dauerhaft machbare steuerliche Entlastung kommen? Diese Antwort bleiben Schäuble und die CDU schuldig.

#### Hat Herr Schäuble Grund, stolz auf die schwarze Null zu sein?

Eine schwarze Null erfreut das Herz jeden Finanzministers. Aber jeder muss sich auch fragen: Was ist der Preis dafür? Wenn der Bund ausschließlich auf seinen Haushalt guckt - egal, was das für Länder und Kommunen bedeutet - dann ist das fahrlässig. Denn Länder und Kommunen müssen dann auf wichtige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger verzichten.

#### Wann legt die SPD ihr Steuerkonzept vor, oder wollen Sie die Steuern nicht senken?

Man kann nicht alles gleichzeitig machen: mehr investieren, Schulden abbauen und Steuern senken, und das ohne zu sagen, wer die Rechnung bezahlt. Aber auch ich sehe Spielraum für eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen - auch nur dort. Die Konzepte von Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) und dem Wirtschaftsflügel der Union würden auch die hohen und sehr hohen Einkommen deutlich entlasten. Das können wir uns nicht leisten. Wir können nicht einfach die Steuertarife verschieben, nur weil die Steuern gerade konjunkturbedingt sprudeln. Mit den Mehreinnahmen muss investiert werden, in Straßen, Breitband, Bildung. Für eine dauerhafte Entlastung dürfen wir nicht die konjunkturbedingten sprudelnden Quellen anzapfen, sondern müssen die verstopften Quellen freilegen. Die Apples, die Starbucks und auch viele deutsche Unternehmen drücken sich durch abenteuerliche Konstruktionen an der Mitfinanzierung des Gemeinwesens vorbei. Wenn wir das stoppen, können wir die kleinen und mittleren Einkommen entlasten, womöglich mehr als Söder und die Mittelstandsunion versprechen.

THEMA des Tages

## Seehofer bringt sich erneut in Stellung

Bayerns Ministerpräsident legt gegen Merksels Politik noch einmal nach

Von Sabine Lennartz

BERLIN - Warum sind manche Deutschen so unzufrieden mit der Regierung? Diese Frage begleitet die Debatten im Parlament und auf den Fluren des Reichstags. Eigentlich sollte in der Union nach der Wahlschlappe in Nordosten Geschlossenheit wieder Trumpf sein. Zumal in zehn Tagen Berlin ein neues Abgeordnetenhaus wählt. Doch erneut meldete sich aus Bayern CSU-Chef Horst Seehofer zu Wort.

„Es ist alles gesagt“, hat Bayerns Ministerpräsident geäußert, nachdem er noch einmal gegen Merksels Politik nachgelegt hatte. Die Menschen wollten „diese Berliner Politik nicht“, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“. Seine mehrfache Aufforderung zur Kurskorrektur in der Flüchtlingspolitik sei nicht aufgenommen worden. Das desaströse Wahlergebnis in Mecklenburg-Vor-

pommern sei nun die Folge. Diese Einschätzung teilen nicht alle in der Unionsfraktion, wo es am Montag vergleichsweise ruhig zugeht. Kein Scherbengericht über Merksels Politik, und Fraktionschef Volker Kauder kritisierte stattdessen kräftig SPD-Chef Sigmar Gabriel.

#### CSU fordert weiterhin Obergrenze

Diese Gelassenheit bringt einige in der CSU erst recht in Rage, die seit Monaten Änderungen fordern und der Regierung vorwerfen, die Stimmung an der Basis nicht zu kennen. Die CSU fordert Kurskorrekturen bei der Flüchtlingspolitik und bleibt bei ihrer Forderung nach Obergrenzen. „Aus einem ‚Wir schaffen das‘ sollte eher ein ‚Wir haben verstanden und wir ändern das‘ werden“, sagte der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) in den ARD-Themen. „Wir brauchen eine Obergrenze. Wir brauchen eine wirksame

Kontrolle, wir müssen endlich wissen, wer sich überhaupt in Deutschland im Land aufhält.“

An diesem Freitag und Samstag tagt der CSU-Vorstand und wird wohl entsprechende Beschlüsse fassen. Am Sonntag kommt in Berlin die Große Koalition zusammen. Da dürfte dann auch das Thema Erbschaftsteuer noch einmal auf der Tagesordnung stehen, denn bereits am Donnerstagabend tagt der Vermittlungsausschuss. Ein neues Scheitern können sich viele nicht vorstellen, schließlich hatte das Verfassungsgericht eine Änderung bis Ende Juni angemahnt.

Am Sonntag wird auch Horst Seehofer in Berlin erwartet. Seinen Auftritt am Mittwoch beim Oktoberfest in der bayerischen Landesvertretung hat er allerdings abgesagt. Den soll nun Ilse Aigner übernehmen. Schließlich hat er ja auch schon alles gesagt.

## Für nichts eine Lösung, aber für alles einen Sündenbock

14 Autoren erörtern Rezepte gegen die AfD - Bekämpfen oder ignorieren?

Von Sabine Lennartz

BERLIN - SPD-Vize Ralf Stegner bringt es auf den Punkt: Die AfD sei eben „kein normaler Mitbewerber“, sondern sie sammle rechtsextreme einfache Antworten auf große Unsicherheiten. Das sei auch einfacher, als immer „Ja, aber“ zu sagen.

Aber Ralf Stegner will nicht so einfach aufgeben. Er übersetzt AfD mit „Arbeitslosigkeit für Deutschland“, denn wie kein anderes Land profitiere ja Deutschland von seiner Offenheit, von Europa. Das will Stegner klarmachen. Er ist einer von 14 Autoren, die im Band „AfD - Bekämpfen oder ignorieren“ ihre Rezepte verraten. Das Buch wurde in Berlin vorgestellt.

Der frühere SPD-Chef Franz Müntefering warnt davor, die AfD zu ignorieren. Er meint, dass es eine Schwäche unserer Demokratie geworden sei, zu wenig über Heraus-

forderungen der Gegenwart und der Zukunft offen zu diskutieren.

Charlotte Knobloch, die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden, ist wesentlich alarmierter als Müntefering. „Erstmals seit 1945 etabliert sich eine rechtsradikale Kraft in nennenswerten Teilen der

Gesellschaft“, so Knobloch. Sie wurde einst als Kind jüdischer Eltern von der Haushälterin vor dem Holocaust gerettet. Knobloch befürchtet, dass Antisemitismus, Rassismus und Hass wieder salonfähig werden. Es gehe darum, die Demokratie mit Leidenschaft zu verteidigen. „Denn ei-

nes hat sich unauslöschlich in meiner Seele eingebrannt: Nichts ändert sich schneller als sicher geglaubte Verhältnisse“, so Knobloch.

Sehr aufschlussreich ist auch die Analyse von Professor Manfred Güllner. Er meint, die AfD sei in den Anfängen durch Verharmlosung salonfähig gemacht worden, dabei sei sie immer schon eine rechtsradikale Partei gewesen und nicht eine Gruppe harmloser Eurokritiker um Bernd Lucke.

Er spricht der AfD das Etikett Volkspartei schon allein deshalb ab, weil rund 70 Prozent ihrer Anhänger Männer seien. Drei Viertel der Anhänger seien pessimistisch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, zwei Drittel fühlten sich von Muslimen bedroht und alle seien mit Angela Merksels Flüchtlingspolitik nicht zufrieden. Auffällig auch, dass nur eine Minderheit der AfD-Anhänger für

einen Verbleib Deutschlands in der EU ist. Güllner fordert wie Müntefering zu einer gründlichen Auseinandersetzung auf. Verharmlosungen der AfD als normaler politischer Partei seien unangebracht.

Peter Radunski, der frühere CDU-Wahlkampfmanager und heutige Politikberater, geht noch weiter. Er fordert, die AfD müsse demokratischem Stress ausgesetzt werden. „Sie darf nicht kommentierender Begleiter, sondern muss Akteur der demokratischen Auseinandersetzung sein. Das Koalitionsangebot an die AfD ist eine Waffe der Auseinandersetzung mit ihr.“ „AfD&Co haben für nichts eine Lösung, aber für alles einen Sündenbock“, sagt Stegner. Das würde wohl auch Radunski unterschreiben.

Christian Nawrocki, Armin Fuhrer (HRG). AfD - Bekämpfen oder ignorieren? Kellner Verlag Bremen 2016. 140 S., 14,90 Euro.



Charlotte Knobloch äußert große Befürchtungen. FOTO: DPA